

## Hebammen hoffen auf Unterstützung von Investoren

**Geburtshaus** Das Crowdfunding für das Geburtshaus St. Gallen ist beendet. 113 495 Franken von 308 Unterstützern kamen über die Plattform lokalhelden.ch in 90 Tagen zusammen. 100 000 Franken waren Finanzierungsschwelle. «Wir sind sehr stolz und zufrieden mit dem Resultat. Es zeigt uns, dass wir in der Bevölkerung mit dem Geburtshaus in St. Gallen auf grosses Interesse stossen», sagt Sabine Kurz, eine der vier Hebammen aus dem Appenzellerland, die hinter dem Projekt stehen. Das Geld soll ins Inventar fliessen. Um dieses zu finanzieren sowie die baulichen Massnahmen in der neuen Überbauung Lindenspark im Osten der Stadt St. Gallen bräuchten die Hebammen allerdings 250 000 Franken (Ausgabe vom 29. September).

Wie geht es nun weiter? «Wir sind auf der Suche nach Investoren im grösseren Stil», sagt Kurz. Sie bräuchten finanzielle Sicherheit in den ersten zwei Betriebsjahren. «Diese Gelder suchen wir in Form von zinsreduzierten Darlehen.» Sicher ist die Finanzierung also noch nicht. «Sollte das Projekt scheitern, könnten wir die Beträge, die wir übers Crowdfunding erhalten haben, zurückerstatten.» Ein sorgfältiger Umgang mit Spendengeldern gehöre zur akribischen Planung der «Geburt» des Geburtshauses.

### Entscheidung Anfang des neuen Jahres

Die Initiantinnen sind bereits im Gespräch mit Hebammen, die im Geburtshaus arbeiten möchten, Anfragen für Geburten hätten sie schon mehrere erhalten. Und sie zeigen sich zuversichtlich: «Das Geburtshaus kommt zustande», meint Kurz. «Wir arbeiten zielgerichtet darauf hin, dass wir im Frühling unsere Tore öffnen können.» Ob das gelingt, hängt auch davon ab, ob es das Geburtshaus auf die Spitalliste schafft. Das Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen prüfe derzeit die Unterlagen, heisst es auf Anfrage. Es entscheidet im ersten Quartal 2019 über die Betriebsbewilligung und die Regierung über die Aufnahme des Geburtshauses auf die Spitalliste. (kbr)



Einzelne Kantone machen mit der Arbeitslosenkasse Gewinne, die Bezüger sind dringend auf die Beiträge angewiesen.

Bild: Peter Klauzner/KEY

# Millionengewinne – risikolos

**Pauschalabgeltung** Der Kanton St. Gallen profitiert von einer Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft. Die Verwaltung der Arbeitslosenkasse rentiert.

**Christoph Zweifel**  
christoph.zweifel@tagblatt.ch

Die Verwaltungskosten für die Arbeitslosenkasse lässt sich der Kanton St. Gallen vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) seit 2009 pauschal vergüten. Das lohnt sich: Die Überschüsse aus der Leistungsvereinbarung fliesen in die Staatskasse – sie werden jedes Jahr in der Rechnung ausgewiesen und sind damit öffentlich. Aufgrund des guten wirtschaftlichen Umfelds und der tiefen Arbeitslosigkeit erwirtschaftet die Arbeitslosenversicherung (ALV) seit längerem Überschüsse. Diese Millionengewinne versickern, wie es im TV-Beitrag «ECO» vom Montagabend hiess. Der Vorwurf: Die Kantone machten bei diesem System mit. 2017 flossen laut SRF insgesamt knapp 730 Millionen

Franken, beziehungsweise 9,5 Prozent aller Einnahmen in die Administration der Arbeitslosenversicherung.

Zwei Drittel gingen an die regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV. Ein Viertel oder rund 190 Millionen Franken waren Kosten für 34 kantonale und private Arbeitslosenkassen mit schweizweit 155 Zahlstellen. Stein des Anstosses ist das Entschädigungssystem. 8 von 34 Kassen – darunter die Kantone Aargau, St. Gallen und Waadt – sowie die Gewerkschaften Unia und Syna, verrechnen ihre Verwaltungskosten nicht nach tatsächlichem Aufwand, sondern erhalten vom Seco pauschale Entschädigungen, statt dass der effektive Aufwand abgegolten wird. Der St. Galler Volkswirtschaftschef Bruno Damann bestätigt die Aussagen im TV-Be-

richt: «Seit 2009 verzeichnete der Kanton laufend Überschüsse aus der Leistungsvereinbarung mit Pauschalabrechnung.» Diese schwankten zwischen 2,18 Millionen Franken (2012) und 0,45 Millionen Franken (2016). «Im Schnitt waren es 1,45 Millionen Franken pro Jahr», sagt Damann. Die Verwaltungskosten der kantonalen Arbeitslosenkasse lagen im Jahr 2017 bei 7,9 Millionen Franken.

### Seco verhandelt aktuell mit den Kassenträgern

Zu diesen Beträgen kommen die Zahlen der privaten Kassen im Kanton St. Gallen dazu, zum Beispiel die Gewerkschaften Unia und Syna. Die Unia reagierte nicht auf die gestrige Bitte um Offenlegung der Ergebnisse der letzten Jahre. Bei der Syna-Zahlstelle Deutschschweiz in Olten

gibt es zwar auch keine Zahlen zu den Überschüssen in den Ostschweizer Kantonen. Immerhin wird aber bestätigt, dass Gespräche zwischen dem Seco und den Kassenträgern zu den Leistungsvereinbarungen und den gerügten Pauschalen laufen. Das duale System von Effektiv- und Pauschalkassen habe sich bisher be-



Bruno Damann, Volkswirtschaftschef im Kanton St. Gallen.

Bild: Urs Bucher

währt: «Mit einer Pauschalentschädigung kann es bei der Kasse unter Umständen zu einem Überschuss kommen. Sie trägt aber auch das Risiko, wenn die Entschädigung die Leistungskosten nicht deckt.»

Für Regierungsrat Bruno Damann ist klar, dass die Leistungsvereinbarung neu ausgehandelt werden muss. Die ALV-Gelder seien für die Versicherten einzusetzen und die Verwaltungskosten müssten optimiert werden. «Mit den aktuellen Parametern ist der Druck, die Kosten zu senken, für die Arbeitslosenkassen zu gering.» Finanzielle Anreize zu Gunsten der Kantone, die effizient arbeiten, trügen dazu bei, die Defizite bei der ALV einzuzugrenzen, sagt Damann. Dass das jetzige Modell zu Lasten der Beitragszahler gehe, verneint der Volkswirtschaftschef.

## Kommission für HSG-Campus

**Bildung** Die vorberatende Kommission des St. Galler Kantonsparlaments unterstützt das Projekt für einen neuen HSG-Campus in der Stadt St. Gallen. Die räumliche Entwicklung der Universität sei strategisch wichtig und dringlich, teilt die Kommission mit. Die auf dem Areal am Platztor geplante Erweiterung der HSG soll 207 Millionen Franken kosten. An den Ausgaben beteiligen sich Bund, Universität und Stadt St. Gallen. Der Kanton wird den Löwenanteil von 160 Millionen Franken beisteuern. Die Kommission habe die für das Projekt massgebende Entwicklung der Studierendenzahlen und den Flächenbedarf kritisch hinterfragt. Es sei begrüsst worden, dass «keine Gebäude auf Vorrat» geplant seien. Die Notwendigkeit einer Erweiterung sei unbestritten gewesen. Die Vorlage wird im November im Parlament in erster Lesung behandelt. (sda)

## Neuer Chef für angeschlagene Behörde

**Beförderung** Damian Dürr heisst der neue Leiter der Innerrhoder Staatsanwaltschaft, die in den vergangenen Monaten Negativschlagzeilen gemacht hat. Erste Optimierungsschritte hat Dürr bereits eingeleitet.

Er tritt kein leichtes Erbe an, ist aber auch kein Neuling auf dem Gebiet: Der 32-jährige Altstatter Damian Dürr übernimmt per 1. November den Posten des Leitenden Staatsanwalts in Appenzell Innerrhoden. Er beerbt damit Herbert Brogli, der nach diversen organisatorischen Unzulänglichkeiten und zuletzt einem tragischen Verjährungsfall seinen Sessel räumen musste (Ausgabe vom 12. September).

Damian Dürr kennt die Innerrhoder Verhältnisse. 2015 wurde er Brogli als zweiter Staatsanwalt zur Seite gestellt. Nach Broglis Abgang diesen September hat er die Leitung interimistisch übernommen. Dürr hat den Master of Law 2011 in Fribourg abgeschlossen. Von 2013 bis zu seiner Anstellung in Appenzell

war er im Untersuchungsamt Altstätten zunächst Praktikant, später juristischer Assistent und Auditor mit beschränkten staatsanwaltschaftlichen Befugnissen.

### Verhältnis zur Kripo hat sich verbessert

Bei der Innerrhoder Staatsanwaltschaft haben sich in den vergangenen Jahren etliche Verfahren verzögert und angestaut. Gemäss einem Bericht des Zuger alt Regierungsrats Hanspeter Uster über die Arbeitsweise und Organisationsstruktur der Staatsanwaltschaft lag dies vor allem an der ungenügenden Koordination und Zielstrebigkeit in der Verfahrensabwicklung. Zudem war das Verhältnis zwischen Staatsanwalt und Kriminalpolizei «unterkühlt», wie Landesfährlich Mar-

tin Bürki es sagt. Bereits mit der Einsetzung Dürrs als Interimsleiter der Untersuchungsbehörde habe sich die Gesprächskultur deutlich verbessert.

Nun sollen nebst der Reorganisation und Präzisierung der Aufgabengebiete der Justizauf-



Damian Dürr, ab 1. November Leitender Staatsanwalt in Appenzell Innerrhoden.

Bild: PD

sicht (Ausgabe vom 22. Oktober) auch interne Mechanismen angepasst werden. Dürr hat in den letzten Wochen bereits die Verfahrensabläufe überarbeitet und Verfahrensschritte terminiert. «Alle Verfahren wurden einem «Ampelsystem» unterzogen», so Martin Bürki. Somit ergebe sich eine Art Frühwarnsystem, um künftig Verjährungen zu vermeiden.

### Personelle Aufstockung noch nicht vom Tisch

Schon mehrfach Thema war die Erhöhung der Stellenprozente. Dies geschah 2015 mit der Einstellung Dürrs. Ob weiter aufgestockt wird, ist derzeit noch offen. Erste Gespräche zwischen dem neuen Leitenden Staatsanwalt und dem Landesfährlich haben

gemäss Landesfährlich bereits stattgefunden. «Eine Erhöhung ergibt sich sicher schon dadurch, dass wir die Jugendanwaltschaft integrieren», so Bürki. Zunächst gilt es aber, die freigewordene Stelle des zweiten Staatsanwalts zu besetzen.

Seit November 2017 ist Julian Giesel als ausserordentlicher Staatsanwalt angestellt, um mitzuhelfen, die Pendenzen abzuwickeln. Giesels Engagement wurde nun nochmals verlängert. Die phasenweise Anstellung eines ausserordentlichen Staatsanwalts könnte generell eine Alternativlösung zu einer Festanstellung sein, hiess es gestern auf Anfrage aus der Ratskanzlei.

**Roman Hertler**  
roman.hertler@tagblatt.ch